

Schwangerschaftsabbrüche während der Corona-Pandemie: "Ansonsten werden wir bald Szenen wie vor 1975 erleben"

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist in Österreich beschränkt. Die **Corona-Pandemie** wird die Situation weiter verschärfen. Expert*innen fordern deshalb gesetzliche Änderungen.

von Eja Kapeller

am 27.03.2020, 08.00 Uhr



© iStock

Christian Fiala führt seit 30 Jahren **Schwangerschaftsabbrüche** durch. Seit der vergangenen Woche brauchen Patient*innen in seinem Wiener Ambulatorium bei chirurgische Abbrüchen deutlich mehr Narkosemittel. "Es gibt große Angst und Verunsicherung", sagt Fiala. Viele, so erzählt er, seien nervös, ob geplante Abbrüche und Untersuchungen noch stattfinden können. Fiala kann das nachvollziehen. "Es besteht die Gefahr, dass Frauen in dieser Krise unter die Räder kommen, weil ungewollte Schwangerschaft nicht als das wahrgenommen werden, was sie sind: medizinische Notfälle."

Bereits vor der Corona-Krise galt: Für einen Abbruch innerhalb der Fristenregelung müssen **ungewollt Schwangere** in Österreich erst einmal eine Ärzt*in finden. In Vorarlberg und Tirol führt jeweils nur ein Arzt Abbrüche durch. Wird er krank, gibt es keinen Ersatz im Umkreis von hundert

Kilometern. In den anderen Bundesländern sieht es ähnlich aus. Einzig in Wien ist der Zugang leichter. Hier führen auch mehrere private Einrichtungen und einige öffentliche Krankenhäuser Abbrüche durch.

"Viele Frauen aus den Bundesländern kommen deshalb nach Wien", sagt **Angela Tunkel**. Sie ist Klinische und Gesundheitspsychologin und koordiniert die *Österreichische Gesellschaft für Familienplanung* (ÖGF). Seit über 50 Jahren berät der Verein ungewollt Schwangere. Derzeit, sagt Tunkel, sind die privaten Einrichtungen noch geöffnet. Müssen sie schließen, gibt es ein massives Problem.

Die ÖGF geht davon aus, dass ungewollte Schwangerschaften während der Pandemie zunehmen werden. Wie viele Abbrüche es in Österreich bisher gab, ist nicht bekannt. Schätzungen schwanken zwischen 10.000 und bis zu 30.000 pro Jahr – das wären durchschnittlich bis zu über 80 Abbrüche täglich. "Der Bedarf wird auf alle Fälle zunehmen", sagt Tunkel. Darüber ob und wie der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich während der Pandemie sichergestellt werden soll, gab das Gesundheitsministerium gegenüber der WIENERIN bis zu Redaktionsschluss keine Auskunft.

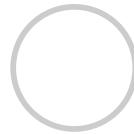
Abbruch bereits unmöglich

Für manche Frauen ist ein Abbruch aber bereits jetzt fast unmöglich. Auch in Wien, wo der Zugang zu Abbrüchen leichter ist, wird auf den Notbetrieb heruntergefahren – und dabei auf Frauen vergessen.

Anders als in allen anderen Staaten in Westeuropa müssen Schwangerschaftsabbrüche in Österreich selbst bezahlt werden, der Kostensatz dafür ist nicht einheitlich festgelegt. Das öffentliche Wilhelminenspital in Wien hat chirurgische Abbrüche bisher für rund 325 Euro durchgeführt. Seit kurzem können sie aufgrund der Corona-Pandemie nicht mehr stattfinden. "Wer es sich aussuchen konnte, ging auch bisher nicht ins Krankenhaus", sagt Tunkel. Schwangere ohne finanzielle Mittel treffen die Einschränkung aber hart. In anderen Einrichtungen sind Abbrüche wesentlich teurer. Je nach Methode kosten sie bei Ärzt*innen, in privaten oder öffentlichen Krankenanstalten zwischen 430 Euro und 1.000 Euro. Viele, so Tunkel, können sich das nicht leisten.

Auch Unterstützungsleistungen können Frauen derzeit nur eingeschränkt in Anspruch nehmen. Die Stadt Wien stellte bisher finanzielle Hilfe für ungewollt Schwangere bereit. Für Frauen mit Wohnsitz in Wien, die sich einen Abbruch nicht leisten können, übernimmt die *MA40* einmal im Leben die Kosten eines Abbruchs. Das Magistrat sei wegen eingeschränkter Öffnungszeiten aber nur mehr schwer erreichbar. "Unsere Klientinnen erzählen aber, dass es derzeit kein Durchkommen gibt", sagt Tunkel.

DIESES VIDEO KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN:



Ryan Reynolds: Warum Promis in der Corona-Krise wichtig sind

FEATURED BY 

Unzumutbare Regelungen

Die *Österreichische Gesellschaft für Familienplanung* fordert angesichts der Corona-Pandemie, dass der medikamentöse Schwangerschaftsabbruch für Frauen leichter zugänglich sein soll. Dabei nehmen Schwangere die 'Abtreibungspille' *Mifegyne* in Kombination mit einem Prostaglandin ein. In Folge kommt es zum Abgang des Embryos. Im Rahmen der Fristenregelung ist die Einnahme von *Mifegyne* bis zur neunten Woche einer Schwangerschaft zugelassen.

Medikamentöse Abbrüche durch *Mifegyne* sind in Österreich bisher aber nicht gängig. Obwohl aus medizinischer Sicht viel für sie spricht: Ein Schwangerschaftsabbruch durch *Mifegyne* kann bereits in einem sehr frühen Stadium der Schwangerschaft und ohne Narkose durchgeführt werden. "Der medikamentöse Abbruch ist ident mit einem natürlichen

Spontanabort", sagt Fiala. Er selbst führt medikamentöse Abbrüche seit über 25 Jahren durch. Auch das Komplikationsrisiko sei vergleichbar mit dem eines natürlichen Aborts.

Die WHO listet Mifegyne und Medikamente zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch als **unentbehrliche Arzneimittel**. Seit 1999 ist das Präparat in Österreich erhältlich. Eben solange darf es aufgrund einer Verordnung aber nur von Krankenanstalten ausgegeben werden, nicht von niedergelassenen praktischen Ärzt*innen oder Gynäkolog*innen. "Für Schwangere ist diese gesetzliche Regelung nun unzumutbar geworden", sagt Tunkel.

Abbrüche von zuhause

Da in Österreich nur wenige Kliniken und Gynäkolog*innen Abbrüche durchführen, müssen viele Frauen, lange Anfahrten in Kauf nehmen. Die Krise verschärft diesem Missstand. Vor allem für Schwangere aus ländlichen Gebieten und jene, die bereits Kinder haben, wird es aufgrund der Ausgangsbeschränkungen noch schwerer werden für den Abbruch nach Wien zu kommen.

Auch die Situation von Frauen, die in Missbrauchsverhältnissen leben und den Abbruch geheim halten müssen, hat sich in der Krise weiter verschärft. "Es muss deshalb auch niedergelassenen Ärzt*innen erlaubt sein Mifegyne zu verschreiben", sagt Tunkel. Schwangere sollen die Medikamente dann selbst in Apotheken kaufen und zuhause einnehmen können. Die Präparate für einen medikamentösen Abbruch könnten laut der ÖGF in der Apotheke für 30 bis 40 Euro erhältlich sein.

Anfang der Woche haben in Deutschland die *Netzwerke Doctors for Choice* und *Pro Choice*, der *Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft* und die *Deutsche Gesellschaft für Familienplanung Pro Familia* in einem **öffentlichen Schreiben** die gleiche Forderung gestellt. Darin heißt es: Aus Verantwortung für die Gesundheit und das Leben von Frauen fordern wir die Zulassung des Homeuse für den medikamentösen Abbruch mit telemedizinischer Begleitung bis zum Ende der neunten Schwangerschaftswoche.

"Es geht nicht darum, dass wir Frauen ab nun nicht mehr beraten sollen", sagt Fiala. "Aber wir sollten ihnen zutrauen,

dass sie den medikamentösen Abbruch richtig anwenden und sich bei Komplikationen an einen Arzt wenden." Laut der WHO ist der medikamentöse Schwangerschaftsabbruch über telemedizinische Dienste, also über eine Video- oder Telefonberatung durch Ärzt*innen, sicher anwendbar.

In Großbritannien, wo Schwangerschaftsabbrüche bisher restriktiver geregelt waren als in Österreich, **veröffentlichte die Regierung** am Montag ein Gesetzesvorhaben: Während der Corona-Pandemie sollte es Schwangeren möglich sein, den medikamentösen Abbruch zuhause durchzuführen, ohne davor eine Klinik oder eine Arzt*in aufsuchen zu müssen. Kurz darauf wurden die geplanten Änderungen aber wieder offline genommen.

Auf die Anfrage der WIENERIN, ob es in Österreich zu einer Lockerung der Bestimmungen kommen wird, hat das Gesundheitsministerium bis zum Redaktionsschluss nicht geantwortet. Aus dem Frauenministerium heißt es gegenüber der WIENERIN: "Die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen haben selbstverständlich auch weiterhin Gültigkeit. Eine Änderung der bestehenden Rechtslage ist nicht vorgesehen."

Auch wenn die Ausgangsbeschränkungen aufgehoben werden und sich an medizinischen Einrichtungen der Normalbetrieb einstellt, wird die Ausnahmesituation für Frauen anhalten. Die Corona-Krise hat zu einem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Seit dem Inkrafttreten der Ausgangsbeschränkungen gibt es 138.000 mehr registrierte Arbeitslose. Zehntausende wurden zur Kurzarbeit angemeldet. "Wenn sich Schwangere als Folge der Wirtschaftskrise einen Abbruch dann nicht mehr leisten können, ist der Zugang faktisch nicht mehr vorhanden", sagt Fiala. Um das zu verhindern, müsse die Krankenkasse die Kosten des Abbruchs übernehmen. "Ansonsten werden wir bald Szenen wie vor 1975 erleben: Frauen werden zu illegalen Methoden greifen müssen und viele werden daran sterben."